



KLARtext e.V.
c/o Rainer Roth
Berger Str. 195
60385 Frankfurt
info@klartext-info.de

Frankfurt, den 07.06.2015

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für die Mitgliederversammlung vom 14. Juni 2015 in Rauenthal

a) Kampagne 500 Euro Eckregelsatz / zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn (Lohnsteuerfrei)

Am 1. Januar 2015 trat der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro zu großen Teilen in Kraft.

Er stellt jetzt das staatlich anerkannte Existenzminimum eines Erwerbstätigen dar, eben einen Lohn, der mindestens bezahlt werden muss. Obwohl wir nach wie vor diesen Betrag als zu niedrig ansehen und weiterhin einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro brutto fordern, haben wir den Schwerpunkt der Kampagne auf die Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns verlagert. Vom gegenwärtigen gesetzlichen Mindestlohn werden bei einer 38,5-Stundenwoche 75 Euro Lohnsteuer einbehalten. Die Besteuerung des gesetzlichen Mindestlohns stellt eine Form des staatlichen Taschendiebstahls dar. In einem Flugblatt „Staatlicher Taschendiebstahl? - Nein Danke!“, das u.a. auch von Klartext unterzeichnet wurde, wird dieser Sachverhalt dargestellt. Es ist zu finden unter http://www.klartext-info.de/flugblaetter/Mindestlohn_kampagne_steuerfrei_201409.pdf.

Im Oktober 2014 nahmen wir an einem Aktionsmonat für die Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns teil. In über 30 Städten und Orten wurden 8.500 Flugblätter verteilt, die wie immer von Klartext finanziert wurden.

Im Dezember 2014 schickte der Kampagnenrat an alle Bundestagsabgeordneten eine Mail und fragte, wie sie zur Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohn stünden. Die zuständigen Vertreter aller Bundestagsparteien lehnten es ab, den gesetzlichen Mindestlohn als offizielles Existenzminimum eines Erwerbstätigen steuerfrei zu stellen. Sie waren der Meinung, dass der Mindestlohn das Existenzminimum, das steuerfrei zu stellen sei, bei weitem übersteige. Sie erklärten 8.354 Euro jährlich bzw. 696 Euro monatlich für das offizielle Existenzminimum; der Vertreter der Linkspartei erklärte 9.300 Euro jährlich bzw. 775 Euro für das Existenzminimum. Der Vertreter der SPD hielt uns vor, wenn wir den gesetzlichen Mindestlohn zum Existenzminimum erklärten, müssten wir eine Senkung des Mindestlohns fordern. Die Stellungnahmen der MdB's und unsere Antworten, die sie widerlegten, findet ihr auf www.mindestlohn-10-euro.de/.

Unser Mitglied Jens Wernicke hat mit Edgar Schu, einem der Sprecher des Aktionsbündnisses Sozialproteste, ein Interview zum Thema Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns geführt. Es wurde am 22.12.2014 auf den Nachdenkseiten veröffentlicht (vgl. www.klartext-info.de). Edgar Schu ist erfreulicherweise Mitglied bei Klartext geworden.

Die Kampagne hat im Frühjahr 2015 ein weiteres Flugblatt entwickelt: „Das Existenzminimum von Erwerbstätigen darf nicht besteuert werden! Für eine drastische Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer“. Ihr findet es unter http://klartext-info.de/flugblaetter/Mindestlohn_kampagne_steuerfrei_20150309.pdf

Das Flugblatt greift vor allem an, dass der Mehrbedarf für Erwerbstätige besteuert wird, Erwerbstätige also steuerlich so behandelt werden, als ob sie erwerbslos wären. Wir verteilten es am 18. März 2015 auf der Blockupy-Kundgebung in Frankfurt.

Bis heute wurden 30.000 Flugblätter bestellt und in über 30 Orten in Deutschland verteilt. Die Kampagne stellt jetzt auch Warnwesten mit dem Logo der Kampagne zur Verfügung, die kostenlos über info@klartext-info.de bestellt werden können. Mit Hilfe einer Spende wurden auch 60.000 75-Euro-Geldscheine gedruckt, die deutlich machen sollen, dass jeder alleinstehende Mindestlöhner 75 Euro mehr im Monat hätte, wenn er keine Lohnsteuer zahlen müsste.

Der Landesparteitag Niedersachsen der Partei Die Linke unterstützt inzwischen ebenfalls unsere Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns. Ein entsprechender Antrag wurde an den Bundestageit der Linkspartei gestellt. Dieser beschloss am 6. Juni 2015 gegen den Widerstand des Parteivorstandes mit 214 gegen 140 Stimmen die Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns. Zur Unterstützung des Antrags hatte der Landesvorstand eine Expertise in Auftrag gegeben, für die Rainer Roth verantwortlich zeichnet, tatkräftig unterstützt von unseren Mitgliedern Edgar Schu und Tobias Weissert. <http://www.dielinke-nds.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles/artikel/expertise-zur->

[steuerfreiheit-des-gesetzlichen-mindestlohns/](#) Der Landesvorstand hat auch die Unterzeichnung des Kampagnen-Flugblatts beschlossen.

Das Flugblatt und ein Link zur Expertise wurde allen MdB's mit der Bitte um Stellungnahme zugeschickt. Die SPD verbat sich eine weitere Störung des mühevollen Abgeordneten und unterstellte Unehrlichkeit und Unredlichkeit, gestützt auf frei erfundene Behauptungen.

Der finanzpolitische Sprecher der Linkspartei, der Rechtsanwalt Richard Pitterle, argumentierte in einer langen Erklärung, jede Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags sei abzulehnen, weil sie nur den Millionären nützen würde. Die Steuerausfälle in Folge einer Erhöhung des Grundfreibetrags würden zur Erhöhung von Kita-Gebühren, Abfallgebühren, Schwimmbadpreisen usw., also zum Sozialabbau führen, denn die Gewinnsteuern würden nicht so erhöht, dass sie die Ausfälle ausgleichen könnten. Lieber staatlich geförderter Lohnabbau als Sozialabbau war also sein Motto.

Auch in der IG Metall ist durch eine Delegiertenversammlung ein Antrag für die Forderung nach der Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns an den Gewerkschaftstag im Oktober 2015 gestellt worden.

b) Aktivitäten zum Thema Altersarmut und Rente

Im Juli 2014 hat Tobias Weißert auf Einladung des "Bündnisses für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V." und mit ihm verbundener Organisationen zu deren Jahreshauptversammlung zum Thema: "Altersarmut durch Rentenreform" referiert. Es waren ca. 100 Personen anwesend. Der Vortrag wurde lebhaft diskutiert. Nach Meinung dieser Organisationen hat der Staat die Rentenkrise verursacht, indem er der Rentenversicherung rechtswidrig versicherungsfremde Aufgaben zugeordnet hat; sie fordern vom Staat die „veruntreuten Milliarden“ zurück. Wir sehen die Ursache darin, dass die Kapitalistenklasse den Druck auf die Löhne erhöht hat und anstrebt, die sogenannten Lohnnebenkosten mehr und mehr zu senken. In dieser Frage gab es keine Annäherung. Eine punktuelle Zusammenarbeit bei eventuellen Aktionen ist dennoch nicht auszuschließen. Ferner haben wir uns mit der „Mütterrente“ und der „Rente mit 63“ befasst. Tobias hat die Kampagne der Arbeitgeber gegen diese beide Maßnahmen analysiert. Er kam zu dem Schluss, dass die Kosten durch die Arbeitgeber viel zu hoch angesetzt seien. Wie hoch die Kosten sind, lässt sich aber erst abschließend beurteilen, wenn die Zahlen für 2014 veröffentlicht sind. Das Papier wurde am 1.8.2014 auf der Klartext-Website und bei Labournet veröffentlicht. (<http://www.klartext-info.de/kommentare/Rentenfinanzen.pdf>) Ansonsten ist es zur Rentenfrage ziemlich ruhig geworden. Bis heute sind 900 Demografiebrochüren und 1.500 Demografieflugblätter verbreitet worden.

c) Thema: „Auf dem Weg zur kommunalen Schule“ (KLARtext-Broschüre, Februar 2014)

Eine etwas gekürzte Version des Interviews von Jens Wernicke mit Reinhard Frankl „Das öffentliche Schulsystem in der Privatisierungszange“ (org. <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=21109>) und eine stark gekürzte Version des Broschürenbeitrags von Uli Ludwig, „Kommunalisierung schwedischer Schulen – ein neoliberales Projekt“, sind in der aktuellen Juni-Nummer der bayerischen GEW-Landeszeitung DDS erschienen, die sich dem Thema schwerpunktmäßig widmet (<http://www.gew-bayern.de/index.php?id=405>). Natürlich ist dort auch ein ausführlicher Bestell-Hinweis auf die Broschüre selbst zu finden.

d) Website, Mitglieder

Wir haben es immer noch nicht geschafft, der Website eine neue Grundstruktur zu geben, in der Flugblätter, Broschüren, Kommentare usw. jeweils unseren Forderungen zugeordnet werden. Dann könnten einzelne verantwortliche Mitglieder zu bestimmten Schwerpunkten aktuelle Kommentare auf die Website stellen. Die Website könnte dann in stärkerem Maße in aktuelle Auseinandersetzungen eingreifen. Wir haben den Plan aber noch nicht aufgegeben. Vielleicht gelingt es in absehbarer Zeit, denn Reinhard Frankl, unser Webmaster, geht ab August 2015 in Rente. Aber immerhin haben Tobias Weissert und Peter Trotzig schon einige Beiträge auf unsere Website gestellt.

Von Mai 2014 bis einschließlich Mai 2015 waren auf unserer Website 91.418 Besuchersitzungen (neuhochdeutsch Sessions) zu verzeichnen, d.h. durchschnittlich 7032 pro Monat oder 230 pro Tag. Die Besucherzahlen sind auch diesmal gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Mai 2013-April 2014, Ø 8.897 bzw. 300 pro Tag) deutlich zurückgegangen. Im Berichtszeitraum haben wir drei Newsletter verschickt, zuletzt an 442 Adressen. Da fünf Mitglieder dazu gekommen sind und zwei Mitglieder ohne jede Kritik an unserer Arbeit mit den besten Wünschen für weitere Erfolge ausgetreten sind, hat Klartext jetzt 111 Mitglieder.

In diesem Sinne Reinhard Frankl, Rainer Roth, Susanne Schilling

Juni 2015